

Pflege beteiligen - Sitz für Landespflegerat im Landespflegeausschuss - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/4128 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/4181

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich aufgrund der letzten Einlassungen von Frau Ministerin Özkan gemeldet.

Erster Punkt. Ich glaube, es war am 8. März dieses Jahres, als wir den Pflegepakt beantragt und dringend darum gebeten haben, dass in Niedersachsen endlich alle Akteure an einen Tisch kommen.

(Roland Riese [FDP]: Das war auch so ein Manöver! Das war damals bereits unterwegs!)

Ich finde es auch gut, dass das funktioniert hat. Aber, Frau Ministerin, was dabei herausgekommen ist, kann wirklich nicht mehr als das erste Papier sein. Wenn Sie sagen, jetzt habe man festgestellt, dass Tarifbindung in Niedersachsen umgesetzt werden soll, dann sage ich Ihnen: Das gilt mindestens seit dem Bundessozialgerichtsurteil von 2009. Das ist im Übrigen im SGB XI normiert. Ihre Landesregierung und Ihr Haus haben es bis heute nicht geschafft, die Tarifbindung bei den Pflegesatzverhandlungen abzusichern und durchzusetzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Zweiter Punkt. Wir haben hier sehr oft darauf hingewiesen, dass Niedersachsen Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer ist, wenn es um die Pflegesätze geht. Dafür sind wir von der Koalition regelmäßig gescholten worden. An der Stelle schreibt der Pflegepakt zum ersten Mal genau das auf, was hier wirklich los ist. Ich lese vor:

„Das rechnerische durchschnittliche Pflegesatzniveau in Niedersachsen liegt im Vergleich der westdeutschen Flächenländer und im Stand des Jahres 2009 am niedrigsten.“

Zum ersten Mal muss diese Landesregierung dokumentieren, dass sie Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer ist. Niedersachsen liegt 17 % unter dem Bundesdurchschnitt. Das hat auch etwas damit zu tun, das immer dann, wenn eine tarifvertragliche Bezahlung oder die Frage der Mindestlöhne im Raum stand, diese Landesregierung dagegen gewesen ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Dritter Punkt. Was die Frage der Ausbildung in diesem Land betrifft, finde ich es gut, wenn das Schulgeld erhöht wird und Schulgeldfreiheit etwas näher kommen soll. Aber ich sage Ihnen: Wir werden so lange nicht ausreichend Schülerinnen und Schüler bekommen, wie überhaupt noch ein einziger Auszubildender Geld dafür mitbringen muss, dass er in Niedersachsen den Altenpflegeberuf anstrebt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sind wir nach wie vor für Schulgeldfreiheit.

Wenn ich dann im Pflegepakt lese, dass man sich deshalb scheut, eine Umlagefinanzierung einzuführen, weil man einen Pflegenotstand nicht nachweisen kann, dann muss ich Ihnen sagen: Hier spricht nur noch die blanke Ideologie. 3 000 Pflegekräfte fehlen allein in Niedersachsen. Aber diese Landesregierung fühlt sich nicht in der Lage, einen Pflegenotstand festzustellen. Wo leben Sie eigentlich?

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜ-NEN und bei der LINKEN)

Herr Riese, noch eine Anmerkung zu Ihrem Beitrag. Sie haben gerade das wunderbare Ergebnis der Berliner Koalition gelobt: 0,1 % Beitragserhöhung gleich 1 Milliarde Euro. - Da ist Frau Özkan wesentlich realistischer gewesen, als sie gesagt hat, 0,3 % sind das Minimum. Sie wissen es auch besser: Allein das Öffnen der Pflegeversicherung für die Demenzerkrankten, die es gegenwärtig in Deutschland gibt, bedeutet nach Feststellung aller Wissenschaftler Mehrausgaben für die Pflege von 3,7 Milliarden Euro. Meiner Ansicht nach bedeutet 1 Milliarde Euro eine Verhöhnung dieses Personenkreises. Ich finde das, was in Berlin passiert ist, wirklich skandalös.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Ulf Thiele [CDU]: Herr Schwarz! - Gegenruf von Uwe Schwarz [SPD]: Nicht „Herr Schwarz“!)